

# Kantonsrat senkt Gewinnsteuern für Unternehmen ohne Gegenfinanzierung

Die rot-grüne Minderheit kündigt wie erwartet ein Referendum an – der Finanzdirektor Ernst Stocker hat «Respekt» davor



Nach den Worten des Finanzdirektors Ernst Stocker geht es vor allem darum, das Steuersubstrat zu sichern. MICHAEL BUHOLZER / KEYSTONE

STEFAN HOTZ

Es dauerte fast zwei Stunden, bis ein SP-Vertreter der Gegenseite in einer ausufernden Diskussion unter die Nase hielt, sie habe erst am Abstimmungs-sonntag zur Altersvorsorge eine «brutale Klatsche» eingefangen. Eine Mehrheit im Parlament von der SVP bis zur GLP sei eben keine Erfolgsgarantie für die Volksabstimmung, so Nicola Siegrist (SP, Zürich).

Nun sind Renten und Steuern zwei verschiedene Paar Schuhe. Parteipolitisch ist die Ausgangslage in Zürich aber ähnlich. Eine bürgerliche Mehrheit samt Mitte und GLP will die Gewinnsteuern für Unternehmen senken. Die rot-grüne Minderheit sperrt sich dagegen. In der Debatte vom Montag im Kantonsrat sprach es ein Mann an der parteipolitischen Nahtstelle am deutlichsten aus. Diese Vorlage werde zum Eigentor, sagte Donato Scognamiglio (Freienstein-Teufen) von der EVP, die sich auf die rot-grüne Seite geschlagen hatte.

Als Unternehmer zahle er gern möglichst wenig Steuern. Doch diese bildeten nur einen Standortfaktor und nicht das einzige Problem. Kürzlich habe ihm ein Unternehmer gesagt, dessen Personal finde für den Lohn im Kanton Zürich keine Wohnung mehr, sagte der Immobilienfachmann: «Das Parlament wird diese Volksabstimmung verlieren. Ich hätte gerne eine Schlammschlacht vermieden.»

## Am Ende des Steuerzugs

Die Diskussion im Rat gab schon einen Vorgeschmack. Die bürgerliche Mehrheit will wie die Regierung die Firmensteuern auf Gewinne von 7 auf 6 Prozent reduzieren. Es ist der zweite Schritt im Vollzug der Unternehmenssteuerreform auf Bundesebene, im Zuge deren Zürich 2020 den Satz bereits von 8 auf 7 Prozent reduzierte.

Tatsache ist allerdings, dass andere Kantone die Unternehmen weit stärker entlasten. Nach dem Zürcher Steuerbelastungsmonitor 2022 bildet Zürich mit Bern das Schlusslicht in der Rangliste der

Kantone. Die bürgerlichen Sprecher betonten, nicht nur die Steuerparadiese in der Zentralschweiz, sondern auch Nachbarkantone wie der Thurgau, der Aargau oder Schaffhausen sowie die Zentren Basel und Genf hätten die Gewinnsteuern deutlich gesenkt. Für die bürgerliche Seite ist der Schritt unabdingbar, um im Wettbewerb zu bestehen. Grosse Steuerzufälle, wie sie die Kritiker an die Wand malen, erwarten sie nicht. Die Senkung um ein Prozent werde zu keinen feststellbaren Mindereinnahmen führen, stellte Christian Müller (FDP, Steinmaur) fest.

Mit Verweis auf steigende Einnahmen seit 2022 erwarten die Befürworter dynamische Effekte, also trotz tieferen Steuern höhere Einnahmen. Das sei eine Folge der guten Konjunktur in den letzten Jahren, hiess es auf der linken Ratsseite. Viel entscheidender für Unternehmen seien die hohe Lebensqualität, das gute Bildungswesen und die intakte Infrastruktur im Kanton Zürich. Dies aufrechtzuerhalten, werde angesichts der sich verändernden Finanzlage gefährdet.

«Zürich ist bei den Steuern moderat unterwegs», konterte Cristina Cortellini (Dietlikon) von der GLP, die geschlossen mit der bürgerlichen Seite stimmte. Auch benötigten Firmen Mittel, um Investitionen gegen den Klimawandel zu tätigen.

## Hilfe für Gemeinden

In der Grundsatzfrage waren die Fronten klar und die Argumente bekannt. Zwei weitere Punkte gaben zu reden. So schlug der Regierungsrat mit Blick auf eine Volksabstimmung vor, die Dividendenbesteuerung für qualifizierte Beteiligungen von 50 auf 60 Prozent anzuheben, um so eine teilweise Gegenfinanzierung zu erzielen. Dieser Antrag war bereits in der vorbereitenden Kommission chancenlos. Es gehe nicht an, die Steuersenkung auf dem Buckel der Aktionäre kleiner und mittlerer Unternehmen durchzuziehen, sagte Patrick Walder (SVP, Dübendorf). Der Treuhänder fügte an, eine Dividende auszuschütten, sei diesen ohnehin erst möglich, wenn alle Löhne und Rechnungen bezahlt und die Investitionen getätigt seien.

Dass vor allem inhabergeführte KMU betroffen wären, wie seitens der FDP betont wurde, kümmerte die rot-grüne Seite wenig. Arbeitnehmende und Rentner müssten ihr Einkommen vollständig versteuern, erwiderte Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich).

Der zweite Punkt betraf den Antrag der Regierung, Gemeinden, die von der Revision besonders betroffen sind, während zweier Jahre mit insgesamt 20 Millionen Franken zu unterstützen. Der Rat verbreiterte den Kreis der begünstigten Kommunen, indem er den dafür nötigen Mindestanteil an Erträgen aus Firmensteuern senkte. Im Übrigen fiel auf, dass ausser den Städten Zürich und Winterthur, die früh Widerstand angekündigt hatten, die Gemeinden kein Thema waren.

Der Finanzdirektor Ernst Stocker warb engagiert für die Vorlage. Es gehe vor allem darum, das Steuersubstrat zu sichern. «Nichts steht still in diesem Land», rief er in den Saal und erinnerte daran, dass vor zehn Jahren die Kantone Basel-Stadt, Genf und Waadt höhere Gewinnsteuern als Zürich verlangt hätten, heute deutlich weniger. Einfach zu sagen, es fehle dann das Geld, sei kurzsichtig.

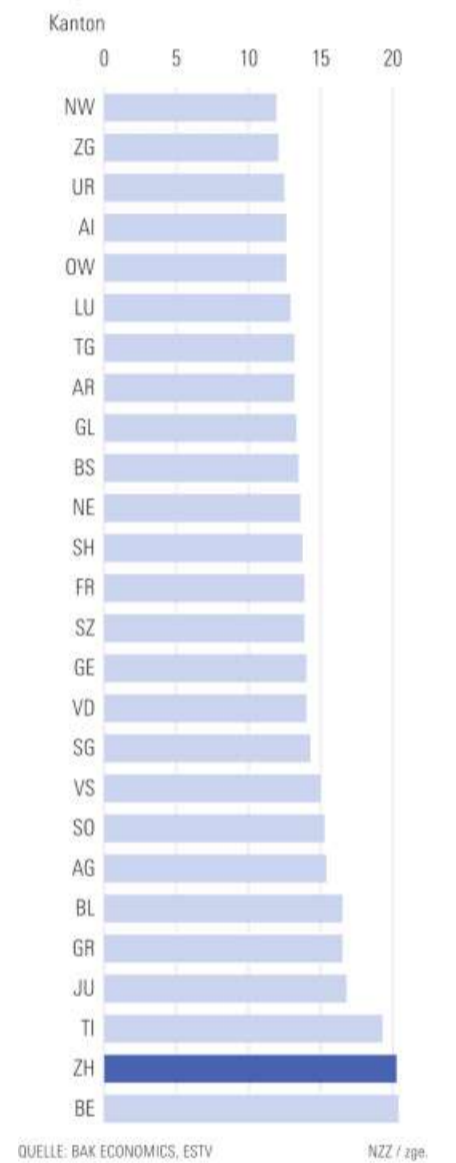
Stocker meinte vor dem Rat, er habe einen gewissen Respekt vor der Volksabstimmung. Die Erhöhung der Dividendenteilbesteuerung hätte nach seinen

Worten die Steuersenkung verträglicher machen sollen. Er erinnerte daran, dass 2022 eine Volksinitiative der linken AL für eine Erhöhung dieses Steuersatzes auf 70 Prozent nur knapp scheiterte. Ernst Stocker betonte aber, der Regierungsrat werde die Vorlage, so wie der Rat sie beschliesse, unterstützen.

Dieser trat mit 110 zu 65 Stimmen auf das Geschäft ein und folgte in der Detailberatung mit dem gleichen Stimmenverhältnis der bürgerlichen Kommissionsmehrheit. Die Schlussabstimmung folgt in einigen Wochen. Erst danach können die Gegner das Referendum ergreifen.

## Steuerbelastung nach Kanton

Reingewinn- und Kapitalbelastung von Aktiengesellschaften, 2023, in Prozent



# Der Verein Solidara ist «nicht mehr christlich»

Die reformierte Kirche will der Organisation Geld streichen, da sonst die eigene Glaubwürdigkeit untergraben werde

ISABEL HEUSSER

Rund 4 Millionen Franken verteilt die reformierte Kirchengemeinde Zürich jedes Jahr an verschiedene Institutionen. Das entscheidende Kriterium, weshalb eine Institution Unterstützung erhält, lautet: Die Organisationen müssen christlich sein.

Mit Abstand am meisten Geld erhält das Hilfswerk Heks (790 000 Franken), darauf folgt der Verein Solidara Zürich mit 497 500 Franken. Es ist ein Verein, der sich nach eigenen Angaben der jüdisch-christlichen Tradition verdankt. Solidara betreibt in der Stadt Zürich das soziale Café Yucca, eine Beratungsstelle für Prostituierte namens Isla Victoria sowie eine Passantenhilfe für Menschen in Notlagen. Der Beitrag der reformierten Kirche macht einen Fünftel des Budgets aus.

Doch nun muss der Verein befürchten, die Gelder der reformierten Kirche zu verlieren: Solidara sei nicht mehr christlich genug, findet die zuständige Kommission des Kirchenparlaments.

Sie beantragt, die Sockelfinanzierung für die Jahre 2025 bis 2028 zurückzuweisen. Ein Antrag, der die Geschäftsführerin von Solidara, Beatrice Bänninger, «konsterniert» zurücklässt, wie sie sagt. «Wir wurden total überrascht.»

## Interreligiöse Öffnung

Solidara ist ein Verein mit einer langen reformierten und damit christlichen Geschichte. Im Jahr 1862 gründete die Evangelische Gesellschaft des Kantons Zürich die Zürcher Stadtmission mit dem Ziel der inneren Mission.

In den 1950er Jahren trat die Bekehrung gegenüber der Lebenshilfe für Bedürftige und ausgegrenzte Menschen in den Hintergrund. 2016 löste sich die Zürcher Stadtmission von der Evangelischen Gesellschaft und tritt seither als selbständiger, parteipolitisch unabhängiger und konfessionell ungebundener Verein auf. Im Vorstand sitzen sowohl Vertreterinnen und Vertreter der katholischen als auch der reformierten Kirche, unter ihnen der

ehemalige Pfarrer des Grossmünsters Christoph Sigrist.

Seit 2021 unterstützen die reformierte, die katholische und die christkatholische Kirche den Verein mit einem Sockelbetrag, der insgesamt 40 Prozent des Vereinsbudgets ausmacht. Seither heisst der Verein Solidara Zürich. Bänninger sagt, schon damals habe man eine interreligiöse Öffnung ins Auge gefasst und dies auch so kommuniziert und vertraglich vereinbart. Was hat sich aus Sicht der Kirche verändert? Priscilla Schwendemann ist Vizepräsidentin der Kommission für Diakonie, Bildung und Kommunikation und vertritt das Geschäft zur Sockelfinanzierung von Solidara am 31. Oktober im Parlament. Sie äussert sich dazu nicht, um den demokratischen Prozess nicht zu gefährden.

## Evangelium und Solidarität

Aus Sicht der Kommission «verlässt Solidara ihre christlichen Wurzeln». Die Diakonie erfolgt nicht mehr aus dem Evangelium heraus, sondern ist durch soli-

darisch helfendes Handeln ersetzt worden. So steht es im neuen Leitbild von Solidara, das im Frühling 2023 in Kraft trat. Die Sockelfinanzierung eines Vereins, der sich selbst von seinen christlichen Wurzeln trenne, untergrabe die Glaubwürdigkeit der Kirche, heisst es im Antrag an das Kirchenparlament. «Wir riskieren, dass Kirchenmitglieder den Sinn ihrer Zugehörigkeit hinterfragen.»

## Befristete Finanzierung

Neben dem befürchteten Glaubwürdigkeitsverlust wird auch die finanzielle Verantwortung als Grund für einen Verzicht auf die Unterstützung des Sozialwerks angegeben. Mit rund 2 Millionen Franken über vier Jahre sei die beantragte Sockelfinanzierung «beträchtlich». In Zeiten knapper werdender Ressourcen müsse die reformierte Kirche ihre Mittel gezielt für christlich-diakonische Zwecke einsetzen. Weil sie das Engagement von Solidara sehr schätzt, hat sich die Kommission für einen Rückweisungs- und nicht für einen Ableh-

nungsantrag zuhanden des Parlaments entschieden. Damit wird die Sockelfinanzierung auf die Jahre 2025 und 2026 befristet. In dieser Zeit könnte Solidara eine Lösung suchen.

Bänninger befürchtet gravierende Auswirkungen, sollte das reformierte Kirchenparlament dem Antrag folgen und die Gelder streichen. Ein Drittel des gesamten Budgets von 2,65 Millionen Franken wird durch Spenden generiert. Das sei schon heute eine «sportliche Herausforderung». Um weiterhin die gleichen Leistungen anbieten zu können, wären noch grössere Anstrengungen nötig.

Die Kommission sieht eine Möglichkeit, wie Solidara weiterhin in den Genuss der Sockelfinanzierung komme: indem der Verein «wieder christlich wird». «Die Diskussion, was christlich bedeutet, muss das Kirchenparlament führen», sagt Bänninger dazu. Für sie ist klar: Solidara hat seine christlichen Wurzeln nicht verlassen. «Wenn solidarisch helfendes Handeln nicht christlich sein soll, was dann?»